

Kiel, 22.11.2007

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 32: Bündnis gegen Essstörungen – Heilungsprozess durch Beratung, Behandlung und Begleitung sicherstellen (Drucksache 16/1592)**

**Jutta Schümann:**

## **Vorhandene Hilfe- und Unterstützungsangebote optimieren**

Epidemiologische Daten zeigen eine Zunahme von Essstörungen in allen Ländern, in denen ausreichend Nahrungsangebote vorhanden sind, und dies gilt **besonders in den westlichen Industriestaaten**. Die bekanntesten und häufigsten Essstörungen sind die Magersucht, die Ess-Brech-Sucht und die Heißhunger- und Fressattacken. Die einzelnen Störungen sind häufig nicht klar voneinander abzugrenzen und oft wechselt es bei den Betroffenen auch von einer Form zur anderen.

Wir haben uns im Rahmen der Sozialausschusssitzungen mit diesem Thema mehrfach befasst. Der sehr aufschlussreiche Bericht der Landesregierung informiert nicht nur über die unterschiedlichen Erkrankungsbilder, er gibt außerdem sehr umfänglich Auskunft über die schleswig-holsteinischen **Selbsthilfeangebote, Beratungsstellen und therapeutischen Angebote** sowohl im ambulanten als auch im teil- und vollstationären Bereich. Der Bericht bewertet die Angebotsstruktur in Schleswig-Holstein und zeigt auch auf, wie die Angebotsstruktur in den einzelnen Kreisen ist. Einige Beispiele aus dem Bericht:

- Deutsche Gesellschaft für Ernährung
- Die niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten
- Die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung
- Frauenberatungsstelle Frauentreff eß-o-eß.

Es gibt also für die Betroffenen weitestgehend Angebote vor Ort. Allerdings klagen einige Betroffene, dass häufig die Wartezeiten unzumutbar lang sind. Die Lösung dieses Problems sehen wir allerdings nicht in der Gründung eines Bündnisses für Essstörungen.

Nach unserer Auffassung ist es nicht notwendig, ein solches zu schließen, weil es eben bereits unterschiedliche **Hilfs- und Betreuungsangebote** gibt. Allerdings halten wir es für dringend erforderlich, dass man noch einmal prüft, ob tatsächlich die Angebotspalette der Nachfrage gerecht wird und ob die Kommunikation und Kooperation zwischen diesen einzelnen Angeboten verbessert werden kann im Interesse der Erkrankten bzw. Ratsuchenden.

Es ist nach unserer Auffassung dringend erforderlich, z. B. nicht nur zu prüfen, warum bei einigen Beratungsstellen lange Wartelisten für einen angemessenen Behandlungstermin bestehen, sondern auch ob sie **personell ausreichend ausgestattet** sind und warum z. B. in der Region Angebote kurzfristig nicht zur Verfügung stehen. Es gilt also, zunächst einmal anhand des Berichtes sich vor Ort ein Bild zu machen und mit Vertretern der Beratungsstellen zu sprechen.

Wir haben im Ausschuss gegen dieses Bündnis gestimmt - nicht aus Missachtung des Problems, ganz im Gegenteil: Wir sind der Auffassung, dass es dringend erforderlich ist, Menschen, die an Essstörung erkrankt sind, zu helfen, ihnen Hilfeangebote mit zur Verfügung zu stellen. Unserer Auffassung nach müssen wir zunächst **die vorhandenen Hilfe- und Unterstützungsangebote optimieren** und nicht neue schaffen. Insofern sind wir auch sehr interessiert, in absehbarer Zeit uns noch einmal mit diesem Problem und mit der Versorgungssituation auseinander zu setzen. Und zwar dann, wenn wir die Situation noch genauer kennen.